Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 28. Januar 2020

Niederschrift
über die 4. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 22.01.2020
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:26 Uhr

Anwesenheit:

Name	**Bemerkung**
Vorsitzender	
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Thomas Fiedler	bis einschließlich TOP 9.2.
Herr Sven Gerbeth	
Herr Stefan Golle	
Frau Claudia Hänsel	
Herr Eric Holtschke	
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzick	bis einschließlich TOP 9.2.
Herr Jörg Schmidt	
Herr Gerald Schumann	
Frau Sabine Schumann	
Beratendes Mitglied	
Frau Maria Fischer	
Herr Uwe Geisler	bis TOP 3
Herr Kai Grünler	
Herr Nick Hofmann	
Herr Wolfgang Schmidt	
Herr Frank Michael Zabel	

Abwesende:

Beratendes Mitglied	
Herr Mario Schreiter	unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	**Funktion**

Herr Uebel	Ltr. Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	gesamte Sitzung
Frau Wolf	Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt	gesamte Sitzung
Frau Karliner	Fachbereichsleiterin Personal/Organisation,	gesamte Sitzung
Frau Ullmann	Fachbereichsleiterin Sicherheit und Ordnung,	gesamte Sitzung
Herr Gabriel	Fachgebietsleiter Allg. Ordnungsangelegenheiten	gesamte Sitzung
Herr Giller	Justiziar	gesamte Sitzung
Herr Sorger	Beauftragter für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	gesamte Sitzung
Frau Wirth	Geschäftsstelle Kommunalpräventivrat	bis TOP 9.2.
Frau Läster	Pressestelle	öffentlicher Teil

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	**Anwesenheitsgrund**
Herr Conny Stiehl	Polizeipräsident Polizeidirektion Zwickau, TOP 3 bis TOP 9.2.
Herr Voigt	Kommissarischer Leiter Polizeirevier Plauen, TOP 3 bis TOP 9.2.
Frau Agnes Sander	Vertreterin Verein VFB Salzwedel, TOP 2
Herr Wild	Vogtlandanzeiger - öffentl. Teil
Herr Selbmann	Freie Presse - öffentl. Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 3. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.12.2019
1.3. Beantwortung von Anfragen
1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.12.2019
1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

2. Antrag der CDU-Fraktion, ***Reg.-Nr. 15-19*** - Information zum aktuellen Sachstand der Arbeit des Kommunalen Präventionsrates

3. Ergänzungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion (Nr. 15-19) - Entsendung eines Vertreters der Fraktion in den Kommunalen Präventionsrat, ***Reg.-Nr. 28-19***

4. Information zum Antrag der CDU-Fraktion - erneute Einführung des Alkoholkonsumverbots, ***Reg.-Nr. 78-19 - Stellungnahme der Verwaltung***

5. Information zum Antrag der CDU-Fraktion - Änderung der Polizeiverordnung bezüglich Videoüberwachung, ***Reg.-Nr. 16-19 - Stellungnahmen der Verwaltung***

6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 4. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, und Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 4. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 3. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.12.2019

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 3. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.12.2019 - öffentlicher Teil - fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, konnte bislang keine Antwort auf seine Anfrage im Verwaltungsausschuss am 04.12.2019 bezüglich der Entsendung von Stadträten in den Aufsichtsrat des VFC finden.

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, gibt an, dass diese bereits online vorhanden ist.

Herr Frank Zabel, sachk. Einwohner SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, hat auf seine Anfrage im Verwaltungsausschuss am 06.11.2019 bezüglich der Anbringung von Hinweistafeln am Rathausturm noch keine Antwort erhalten.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine Klärung durch den Sitzungsdienst zu.

1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.12.2019

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt den Beschluss der Verwaltungsvorlage ***Drucksachennummer 0074/2019*** aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.12.2019 bekannt.

Der Verwaltungsausschluss der Stadt Plauen beschließt die befristete Weiterbeschäftigung eines Sachbearbeiters Straßenbau vom 15.01.2020 bis zum 31.12.2021 im Geschäftsbereich II, Fachbereich Bau und Umwelt, Fachgebiet Tiefbau.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

keine

2. Antrag der CDU-Fraktion, *Reg.-Nr. 15-19* - Information zum aktuellen Sachstand der Arbeit des Kommunalen Präventionsrates

Oberbürgermeister Oberdorfer macht kurze Ausführungen zur Gründung des Kommunal-präventionsrates der Stadt Plauen (KPR) und bittet Frau Wirth, SB Geschäftsstelle

Kommunalpräventivrat, und Frau Sander, Verein zur Förderung der Bildung (VFB) Salzwedel, um nähere Erläuterungen.

Frau Wirth führt aus, dass der KPR im September letzten Jahres seine Arbeit aufgenommen hat. Der Zuwendungsbescheid wurde vom Fördermittelgeber erteilt und die Fördermittel an die Stadt Plauen bereits ausgezahlt.
Zu unterscheiden ist die kommunale Prävention von der Kriminalprävention. Der KPR versteht sich nicht als kriminalpolizeiliches Aufklärungsgremium, viel mehr soll die Prävention im sozialen Bereich Beachtung erhalten.
Sie teilt mit, dass mit dem VFB Salzwedel eine Vereinbarung geschlossen wurde und von diesem Verein eine Situations- und Konfliktanalyse für die Stadt Plauen erstellt wird.
Auf Grundlage dieser Analyse wird eine Präventionsstrategie entwickelt, um entsprechende Handlungsoptionen abzuleiten. Zusätzlich werden vom Landespräventionsrat sogenannte Präventionscoaches zur Verfügung gestellt. In der Anfangsphase des KPR das „Netzwerken“ im Vordergrund steht. Für die Projekte des KPR stehen vom Land Sachsen entsprechend der Förderrichtlinie Mittel zur Verfügung. Sie erläutert an mehreren Beispielen, dass der Focus zukünftig auf die Prävention in Schulen gelegt werden soll. Anlehnend an den „Revolution-Train“, welcher zur Drogenprävention eingesetzt wurde, gibt es nun einen Tourbus mit dem Namen „Glück sucht Dich“. Es ist vorgesehen, dass dieser auch in Plauen Station macht.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass der „Revolution-Train“ sehr kostenintensiv und schienengebunden war, jedoch in der Aufklärung viel bewirkte. Im Nachgang wurde dazu ein Gespräch mit der damaligen Sozialministerin geführt und die Notwendigkeit einer mobilen Lösung für Schulen klar gestellt. Er bittet Frau Sander die bisherigen Arbeitsergebnisse vorzustellen.

Frau Sander teilt mit, dass ein Team aus zwei Beraterinnen voraussichtlich bis Juni 2020 in der Stadt tätig ist und Gespräche mit verschiedenen Personengruppen führt. Im Ergebnis dessen wird eine Situations- und Konfliktanalyse gefertigt. Sie erläutert ihre Arbeitsweise.
Ziel ist es, die Themen und Belange der Stadt herauszufinden, bei denen der KPR präventiv eingreifen kann. Bislang wurden folgende Themenfelder erkannt:

- Sicherheit im öffentlichen Raum
- Strukturwandel und Demografie
- inhaltliche Ausrichtung des KPR
- Sichtbarkeit von Plauen, als eine lebenswerte Stadt
- bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern

Sie gibt an, dass nun weitere Gespräche stattfinden. Die Ergebnisse daraus werden in die systemische Situations- und Konfliktberatung einfließen. Ziel ist es, eine Arbeitsgrundlage für den KPR zu schaffen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen und fragt Frau Sander, welche Erfahrungen in anderen Städten bereits gesammelt wurden. Weiterhin möchte er von Frau Wirth wissen, welche Wege gegangen werden sollen, um die Bürger zu erreichen.

Frau Sander antwortet, dass der Verein derzeit in Sachsen, Sachsen Anhalt und Brandenburg tätig ist. Die Projekte in der Vergangenheit waren sehr unterschiedlich, je nach den Belangen der einzelnen Städte und Gemeinden. Berichte zu einzelnen Beratungen können auf der Homepage des Vereins eingesehen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer fügt hinzu, dass der KPR Schwerpunkte setzen muss und die

Präventionsarbeit Zeit benötigt. Für die Stadt Plauen soll die Präventionsarbeit bei den Kindern und Jugendlichen beginnen. Dabei ist das Ziel die Vernetzung der Verantwortlichen in diesen Bereichen.

Frau Wirth erläutert, dass die Arbeit des KPR transparent für den Bürger gestaltet werden soll. Sie informiert darüber, dass innerhalb des KPR eine Lenkungsgruppe, bestehend aus dem Oberbürgermeister, den Bürgermeistern der Geschäftsbereiche I und II und Herrn Voigt gegründet wurde, um aktuelle Themen schnell klären zu können.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, fragt Frau Sander, ob es belastbare Zahlen gibt, wonach die Verhinderung von Straftaten nach Vollzug der vom Verein vorgeschlagenen Maßnahmen erfolgreich war.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, merkt an, dass die Bürger nicht nur über die Arbeit des KPR informiert, sondern dafür begeistert werden sollten. Dazu will er von Frau Sander wissen, wie andere Kommunen damit umgegangen sind.

Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, ist verwundert, dass es keine vorhandenen Strukturen gibt, die in der Stadt für Ordnung und Sicherheit sorgen und dafür extra ein Rat neu aufgebaut werden muss. Er spricht sich für eine schnelle Lösung der aktuellen Probleme u.a. an Schulen aus.

Oberbürgermeister Oberdorfer widerspricht Stadtrat Schumann, dass es keine Strukturen gibt. Beispielsweise wurden in den letzten Jahren Schulsozialarbeiter eingestellt. Dazu gibt es in der Stadtverwaltung einen ganzen Bereich, welcher für die Einhaltung der Ordnungs- und Sicherheitsmaßnahmen zuständig ist. Neu sei jedoch, dass es die Möglichkeit gibt einen Rat zu gründen, welcher finanziell durch das Land Sachsen unterstützt wird.

Herr Wolfgang Schmidt, sachk. Einwohner CDU-Fraktion, möchte die Ziele und die Durchsetzung von Frau Sander benannt haben.

Frau Wirth gibt an, dass ihre Befragung ergeben hat, dass die Schulen bereits einige Präventionsprojekte initialisiert haben.

Frau Sander antwortet, dass die Ziele gemeinsam mit der Kommune vereinbart werden, welche sich im Kooperationsvertrag wiederfinden. In Plauen ist dies zum einen, den KPR in der Startphase zu begleiten und zu beraten, zum anderen Zusammenhänge zur Sicherheit im öffentlichen Raum darzustellen. Ergänzend zu den Beratungsleistungen findet jährlich ein Treffen der betreuten Kommunen zum Erfahrungsaustausch statt. Sie benennt ein Beispiel, bei denen sich die Sicherheitslage eines Stadtteils durch die Hilfe des Vereines verbessert hat. Auf die Frage, wie Bürger begeistert werden können, gibt sie an, dass es an den jeweiligen Akteuren in der Kommune liegt. Dazu müssen die Hintergründe ermittelt und Veränderungen herbeigeführt werden.

Stadträtin Sabine Schumann, AfD-Fraktion, möchte wissen, wie oft der KPR seit Gründung getagt hat und bezieht sich dabei auf eine Pressemitteilung vom 09.08.2019, wonach die Sitzungen des KPR anlassbezogen stattfinden.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass es zwei Sitzungen des KPR gab. Er weist daraufhin, dass der KPR kein politisches Gremium ist, welches sich monatlich trifft. Am Tisch sind die Verantwortlichen des jeweiligen Bereiches aus der Verwaltung. Aufkommende Probleme werden sitzungsunabhängig geklärt. Er informiert, dass die nächste Sitzung des KPR stattfinden soll, um das Präventionskonzept zu erarbeiten.

3. Ergänzungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion *(Nr. 15-19)* - Entsendung eines Vertreters der Fraktion in den Kommunalen Präventionsrat, *Reg.-Nr. 28-19*

Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, liest den Antragstext und die Begründung der Fraktion vor.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass der KPR nicht politisch sein sollte. Dieser Beschluss sei vom Stadtrat mitgetragen worden.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, wünscht sich ebenfalls eine regelmäßige Berichterstattung über die Arbeit des KPR. Er äußert, dass eine Beteiligung durch die Stadträte einen weiteren zeitlichen Aufwand bedeutet, andererseits sollte der Zugang zu diesem Rat nicht verwehrt bleiben.
Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE, ist der Meinung, wenn die Sitzungen anlassbezogen stattfinden, sollten auch entsprechende Fachkräfte eingeladen werden. Die Sitzungstermine einschließlich der Tagesordnung sollte bekannt gegeben werden und wer Interesse hat könne daran teilnehmen.

Der zum Verwaltungsausschuss eingeladene Polizeipräsident von Zwickau, Herr Stiehl, äußert sich zum Antrag der AfD-Fraktion. Er entgegnet dem Antragsteller, dass es nach Einschätzung der Polizei keine dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage in Plauen gibt. Er gibt an, dass es derzeit einen Unterschied zwischen der objektiven Sicherheitslage und den subjektiven Einschätzungen der Bürger gibt. Dies zu verändern sollte in Zukunft auch Aufgabe des KPR sein.

Oberbürgermeister Oberdorfer verweist dazu auf die entsprechenden Polizeistatistiken.

Stadträtin Sabine Schumann, AfD-Fraktion, hat sich mit der Gewaltstatistik aus den vergangenen Jahren befasst und festgestellt, dass auf Grund der Änderung der Datengrundlage die Jahre 2017 und 2018 nicht mit den vorangegangen Jahren verglichen werden können. Dies ist ihrer Meinung nach nicht zielführend.

Stadtrat Gerbeth greift den Vorschlag von Stadträtin Hänsel auf und möchte wissen, ob so verfahren werden kann, dass die Termine des KPR mitgeteilt und die Teilnahme durch die Stadträte ermöglicht werde.

Oberbürgermeister Oberdorfer spricht sich für eine transparente Arbeit des Rates aus und er könnte sich vorstellen, dass über das Konzept des KPR im Verwaltungsausschuss abgestimmt wird. Jedoch empfiehlt er keine Teilnahme der Stadträte an den Sitzungen des KPR.

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, schließt sich der Meinung des Oberbürgermeisters an.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag des Ergänzungsantrages der AfD-Fraktion, ***Reg.-Nr. 28-19*** zu.

Beschlussvorschlag:
Der Stadtrat möge beschließen, dass den Fraktionen des Stadtrates die Möglichkeit eingeräumt wird, zu Sitzungen des Kommunalen Präventionsrates einen Vertreter zu benennen und entsenden können.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 1

Stimmenthaltung

4. Information zum Antrag der CDU-Fraktion - erneute Einführung des Alkoholkonsumverbots, *Reg.-Nr. 78-19* -Stellungnahme der Verwaltung

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass aus der Einführung der Alkoholverbotszone eine positive Resonanz gezogen werden kann. Vorgesehen ist für 2020 die entsprechende Verordnung erneut zu erlassen. Diese muss aber zeitlich und räumlich begrenzt werden, aus diesem Grund ist eine unbefristete Verordnung nicht möglich.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, ergänzt, dass diese Möglichkeit des Gesetzgebers genutzt werden sollte.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, verdeutlich, dass es folgende weitere Säulen der Prävention gibt:

- Stärkung der Jugend- und Sozialarbeit
- Stärkung des Gemeindlichen Vollzugsdienstes

Er merkt an, dass die Alkoholverbotszone die Probleme beispielsweise an die Elsteraue verdrängt. Diese Verdrängungszone sollte seiner Meinung nach ebenfalls im Focus bleiben.

Oberbürgermeister Oberdorfer stimmt Stadtrat Fiedler zu.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE, fragt an, ob Zahlen vorliegen, welche belegen, dass es eine Verbesserung zum Vorjahr gibt. Weiterhin möchte sie wissen, ob der Gemeindliche Vollzugsdienst (GVD) berechtigt ist, eine Alkoholkontrolle durchzuführen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass Verordnungen vordergründig dazu da sind, dass sie eingehalten werden und nicht zur Kontrolle.

Frau Ullmann, Fachbereichsleiterin Sicherheit und Ordnung, antwortet auf Frage von Stadträtin Hänsel, dass es Ziel sei, festzustellen, ob ein Verstoß gegen die Verordnung vorliegt. Sie teilt mit, dass dem GVD andere Mittel zur Verfügung stehen um dies heraus zu finden. Für einen Alkoholtest gibt es keine rechtlichen Grundlagen.

Stadtrat Schmidt schließt sich der Meinung von Stadtrat Fiedler an, dass alle drei Säulen gestärkt werden müssen. Es ist wichtig, dass sich das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger positiv verändert.

Oberbürgermeister Oberdorfer fügt hinzu, dass sich die Lage auch objektiv zum Positiven verändert hat.

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt an, ob die neugeschaffenen Stellen in der Sozialarbeit und im GVD zeitlich befristet sind.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass die Stellen im GVD nicht zeitlich befristet sind und die Verantwortung für die Sozialarbeit beim Landratsamt liegt.
Er merkt an, dass jahrelang 50 % der Kosten der mobilen Jugendarbeit von der Stadt Plauen getragen wurden. Dies sei jedoch vom Gesetzgeber nicht mehr vorgesehen.

Stadtrat Holtschke schlägt eine sozialpädagogische Stellungnahme im Verwaltungsausschuss zur Lage am Tunnel vor.

Oberbürgermeister Oberdorfer kann dahingehend keine Zusage machen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, gibt an, dass bei Einrichtung einer Stelle im Sozialbereich auch finanzielle Zusagen der Stadt getätigt wurden. Er fragt nach, ob die Mittel befristet waren.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass diesbezüglich Gespräche mit dem Vogtlandkreis herbeigeführt und die Ergebnisse den Stadträten entsprechend mitgeteilt werden. Dazu sind ebenfalls weitere Beschlüsse des Stadtrates erforderlich.

Stadträtin Hänsel äußert, dass sich ihrer Meinung nach, die Lage auf dem Postplatz auf Grund der Polizeipräsenz gebessert hat. Sie fragt Herr Stiehl, ob sich seiner Meinung nach die Straftaten erhöhen, wenn keine Alkoholverbots mehr eingerichtet wird.

Herr Stiehl erklärt, dass es nicht vordergründig um die Verhinderung von Straftaten, sondern um die Verbesserung der Lebensqualität im Stadtzentrum von Plauen geht. Er ist von der Wirksamkeit des Alkoholverbots überzeugt.

5. Information zum Antrag der CDU-Fraktion - Änderung der Polizeiverordnung bezüglich Videoüberwachung, *Reg.-Nr. 16-19* - Stellungnahmen der Verwaltung

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, macht Ausführungen zur Intension des Antrages seiner Fraktion. In der Vergangenheit standen einer Videoüberwachung gesetzliche Hürden gegenüber.

Frau Ullmann, Fachbereichsleiterin Sicherheit und Ordnung, erläutert, dass die Videoüberwachung in die Polizeiverordnung aufgenommen werden sollte, dies jedoch nicht Gegenstand dieser Verordnung sein darf. Eine Polizeiverordnung enthält Ge- und Verbote und keine Einzelmaßnahmen, wie die Videoüberwachung des Postplatzes. Sie führt aus, dass dahingehend gesetzliche Regelungen bestehen, dieser Paragraph jedoch derzeit Gegenstand eines Normenkontrollverfahrens ist. Sie empfiehlt abzuwarten, bis eine endgültige Entscheidung getroffen wurde.

Herr Stiehl, Polizeipräsident Zwickau, macht Ausführungen zur Kriminalstatistik.
Er teilt mit, dass bei den Straftaten in Plauen im Jahr 2019 eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen ist. Dies hat sich auch mit Einführung des Alkoholverbotes verstärkt.
Zusätzlich wurden weitere wirksame Maßnahmen eingeleitet. Er merkt an, dass zum 01.03.2020 im Polizeirevier in Plauen acht neue Polizisten anfangen.
Weitere Unterstützung wird bei Großeinsätzen durch die Bereitschaftspolizei geleistet.
Er gibt an, dass ein weiteres wirksames Mittel das beschleunigte Verfahren ist. Hier können Straftaten schnell aufgeklärt und Täter verurteilt werden. Investitionen für eine Videoüberwachung stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen bzw. zur Verhinderung/Aufklärung von Straftaten. Er sieht eine größere Chance in der Vernetzung der verantwortlichen Akteure. Er spricht sich auf Grund der derzeitigen Sicherheits- und Rechtslage gegen eine Videoüberwachung auf dem Postplatz aus.

Stadträtin Sabine Schumann, AfD-Fraktion, hat eine Frage zu den Ausführungen von Herrn Stiehl bezüglich des Rückgangs der Straftaten. Laut der ihr vorliegenden Statistik sind die Straftaten in den letzten Jahren jedoch gestiegen.

Herr Stiehl antwortet, dass mehrere Jahre verglichen werden sollten. Er teilt mit, dass die Statistik, welche Stadträtin Schumann vorliegt, auf anderen Daten basiert, wie die Zahlen welche er vorgestellt hat.

Herr Frank Zabel, sachk. Einwohner SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, teilt mit, dass es laut einer Internetplattform in Plauen 35 Kameras gibt, bei denen öffentliche Bereiche gefilmt werden. Dies sind im Vergleich zu anderen Städten sehr viele. Beispielsweise an der Musikschule sind drei angebracht und das entsprechende Hinweisschild gemäß Datenschutzgrundverordnung fehlt. Dies wäre an der Rückertschule auch der Fall.

Herr Kai Grünler, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE, informiert, dass es einerseits die Möglichkeit gibt, die Bilder zu verpixeln und anderseits bei Verdacht einer nicht ordnungsgemäß angebrachten Kamera eine Anzeige beim Sächsischen Datenschutzbeauftragten getätigt werden kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass zu unterscheiden ist, ob ein Eigentümer sein Objekt bzw. seinen Eingangsbereich schützen will oder ob der öffentliche Raum überwacht werden soll.

6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an, dass auf dem Altmarkt nach dem Abbau des Weihnachtsmarktes ab dem 28.12.2019 ein großes Müllchaos herrschte. Er zitiert Herrn Gabriel, FGL Allg. Ordnungsangelegenheiten, wonach es erst am darauffolgenden Montag *(30.12.2019)* möglich war, einen Container zu stellen. Stadtrat Holtschke möchte wissen, wie dies künftig vermieden werden kann.

Herr Gabriel korrigiert Stadtrat Holtschke. Seine Aussage war dahingehend zu verstehen, dass zum Abbau des Weihnachtsmarktes eine Müllentsorgung begleitend erfolgt, jedoch die notwendige Endreinigung erst am Montag erfolgen konnte.

Frau Ullmann, Fachbereichsleiterin Sicherheit und Ordnung, teilt mit, dass nächstes Jahr mehr Augenmerk darauf gelegt wird. Die Händler werden nochmals darauf hingewiesen, dass während des ganzen Weihnachtsmarkts eine entsprechende Anzahl an Müllcontainer bereitgestellt ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, dass ein entsprechender Passus in die Mietverträge der Händler des Weihnachtsmarktes aufgenommen wird.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, teilt mit, dass er von einem Gast unserer Stadt angeschrieben wurde. Grund war eine Ruhestörung bei seinem Besuch. Er schrieb an die Verwaltung und bat um Klärung. Er erhielt bislang keine Antwort. Stadtrat Schmidt fragt an, wie mit Schreiben und Anliegen der Bürger in der Verwaltung umgegangen wird.

Herr Gabriel antwortet, dass bereits vor mehr als einer Woche ein Antwortschreiben versandt wurde.

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Plauen, den

Jörg Schmidt
Stadtrat

Plauen, den 28.01.2020

Kristin Martin
Schriftführer

Plauen, den

Gerald Schumann
Stadtrat